

# Lehrergewerkschaft kann Kritik nicht verstehen

**Sexismus und Rassismus** Eine Petition fordert einen besseren Minderheitenschutz für Schülerinnen und Schüler. Lehrerinnen und Lehrer sollen Weiterbildungen besuchen.

**Leif Simonsen**

Niemand stellt infrage, dass die Schulzeit prägend ist. Wer einer Minderheit angehört, der hat es hier oft schwer. Das Mädchenparlament hat deshalb eine Petition ausgearbeitet, welche diese Personen besser schützen soll. Wer nicht einer heterosexuellen Norm entspreche, müsse damit rechnen, ausgeschlossen zu werden, heisst es in der Petition «Gegen Diskriminierung aufgrund von Aussehen, Geschlecht, Religion, Hautfarbe und/oder Herkunft». Der Grosse Rat überwies diese am Mittwoch dem Regierungsrat zur Stellungnahme.

In die Pflicht genommen werden vor allem die Lehrerinnen und Lehrer. Tonja Zürcher (Basta) von der Petitionskommission sagte: «Die Schulzeit ist eine Phase, in der die Kinder besonders verletzlich sind. Es ist der Ort, an dem ein grosser Teil der Bevölkerung die ersten Schritte im Sozialleben macht. Wenn wir hier den Hebel ansetzen, können wir viel Leid verhindern.» Zürcher verwies auf die Tatsache, wonach queere Jugendliche häufiger Suizidversuche begehen als heterosexuelle.

## Vor allem ältere Lehrkräfte

In der Petition wird der Regierungsrat daher gebeten, zu prüfen, inwiefern bereits auf Primarstufe für die verschiedenen Formen von Diskriminierung sensibilisiert werden könne. Hierfür schlagen die Petentinnen Weiterbildungen für Lehrerinnen und Lehrer vor. Zudem müsse der Sexualkundeunterricht modernisiert und die diversen Geschlechter eingeschlossen werden. Zürcher und Kommissionskollegin Andrea Strahm (Mitte) vertraten die Meinung, dass die



Nicht nur Jugendliche, auch Lehrer sollten für die Rechte von Dunkelhäutigen eintreten, fordern Basler Politikerinnen und Politiker. Foto: S. Keller

Lehrer den Religionsunterricht heute fälschlicherweise als Vermittlung der eigenen Religion begriffen. «Dabei ist klar, dass es eher in Richtung Ethikunterricht gehen soll», stellte Strahm klar.

Die Mitte-Politikerin betonte aber, viele junge Lehrerinnen und Lehrer, die sich in Ausbildung befänden, seien heutzutage für die Thematik sensibilisiert.

«Die Petitionskommission hat den Eindruck gewonnen, dass an der Front insbesondere bei den älteren Lehrpersonen Handlungsbedarf besteht», sagte Strahm.

Die Lehrergewerkschaft kann die Kritik nicht ganz nachvollziehen. Jean-Michel Héritier von der Freiwilligen Schulsynode (FSS) betont, nirgends werde so viel

## «Der Lehrplan 21 sieht vielfältige Geschlechterrollen vor – seit sechs Jahren.»

**Jean-Michel Héritier**  
Freiwillige Schulsynode

getan für die Integration wie in der Schule. «In der Gesellschaft gibt es viel weniger Inklusion», sagt er. Nicht à jour seien die Petenten mit der Kritik, wonach an den Schulen binäre Geschlechterrollen vermittelt würden. «Der Lehrplan 21 sieht vielfältige Geschlechterrollen vor – und dieser Lehrplan wird seit sechs Jahren angewendet», sagt Héritier.

Kein Problem sieht er beim Ethikunterricht. «Dieser wird aus meiner Sicht heute schon so vermittelt. Alles andere widerspricht dem Lehrplan.» Woher die Grossrätinnen die missbräuchlichen Unterrichtsbeispiele nähmen, ist Héritier unbekannt. «Sie erscheinen mir daher fraglich.»

Dass derlei Forderungen aus der Politik beim FSS-Präsidenten nicht immer auf offene Ohren stossen, hängt nicht zuletzt mit einer Petition zusammen, die im Frühjahr überwiesen wurde. In einer Petition war moniert worden, es werde an den Basler Volksschulen noch immer «Wer hat Angst vor dem Schwarzen Mann» gespielt, was bei Héritier nur Kopfschütteln auslöste. «Wer hat Angst vor dem ...» war vor 30 Jahren bereits ein No-go», sagt er. Heute würden unbedenkliche Adaptionen wie etwa «Wer hat Angst vor dem Santiglaus» gespielt.

## Vertiefte Sensibilisierung

Héritier betont, bereits heute würden zusätzlich zum klassischen Unterricht unter anderem Klassenstunden, partizipative Unterrichtsprojekte, diverse Präventionsprogramme oder Ethikunterricht angeboten, wo für Rassismus und Sexismus im Schulunterricht sensibilisiert werde.

Die Forderung nach einem Diskriminierungsbeauftragten hält Héritier angesichts dieser Anstrengungen daher für übertrieben. «Periodische Weiterbildungsangebote hingegen scheinen mir durchaus sinnvoll», meint er. Der Regierungsrat steht nun in der Pflicht: Er muss dem Parlament nach der Überweisung der Petition aufzeigen, wie dem gesellschaftlichen Problem des Rassismus sowie des Sexismus bereits auf Volksschulstufe begegnet werden kann.